



Stadt Köln

Die Oberbürgermeisterin

Geschäftsführung Gesundheitsausschuss

Frau Niemeyer

Telefon: (0221) 221 23820

Fax: (0221)

E-Mail: Sabine.Niemeyer@STADT-KOELN.DE

Datum: 09.10.2023

Niederschrift

über die **16. Sitzung des Gesundheitsausschusses** in der Wahlperiode 2020/2025 am Dienstag, dem 07.03.2023, 17:00 Uhr bis 18:54 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Dr. Ralf Unna	Bündnis 90/Die Grünen
Frau Ursula Gärtner	CDU
Frau Mechthild Böll	Bündnis 90/Die Grünen
Frau Christine Seiger	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Artur Tybussek	CDU
Herr Alexander Yohannes	CDU
Herr Sven Kaske	SPD
Frau Viola Recktenwald	SPD
Frau Uschi Röhrig	DIE LINKE
Frau Bettina Houben	FDP

Beratende Mitglieder

Herr Michael Winkler	AfD
Frau Elise Teitz	Auf Vorschlag von Die FRAKTION
Herr Jürgen Medenbach	Auf Vorschlag von GRÜNE
Herr Yannik Breuer	Auf Vorschlag von CDU
Herr Mario Schmitz	CDU
Herr Dr. Tobias Jacquemain	auf Vorschlag der SPD
Herr Christian Robyns	SPD
Frau Erika Oedingen	SPD
Herr Albert Nowak	Auf Vorschlag von Die Linke
Herr Robert Gaida	auf Vorschlag der FDP
Herr Eike Steinke	Auf Vorschlag von Volt
Frau Isabella Venturini	Volt Vertretung Andrea Salis

Frau Uta Grimbach-Schmalfuß

Sozialverband Deutschland e.V. Bezirk Köln-Leverkusen-Erftkreis

Frau Sophie Sängler

Auf Vorschlag von TXKöln

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Heinz-Peter Bourry

Seniorenvertretung der Stadt Köln

Verwaltung

Frau Anke Ludwig

Herr Dr. Christian Miller

Sylvia Cohnen

Klaus Dick

Monika Funken

Herr Axel Goßmann

Herr Stefan Greite

Frau Sylvia Langer

Frau Carina Nowka

Melanie Schäfer

Jakob Schröder

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Joachim Heinlein

GRÜNE

Herr Andrea Salis

Auf Vorschlag der Fraktion Volt Vertretung Isabella Venturini

Beratende Mitglieder

Frau Ulrike Kessing

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Ralf Sartoris-Daubenbüchel

Auf Vorschlag von Grüne

Herr Dr. Gunther Quinkler

Auf Vorschlag von CDU

Herr Werner Kircher

Auf Vorschlag der SPD

Frau Rahab Njeri

Auf Vorschlag von KLIMA FREUNDE

Herr Musa Yüceel

Liste Kölner Vielfalt

Herr Volker Scherzberg

Vertreter Herr Bourry

Stellvertretende beratende Mitglieder

Frau Kathrin Balke

Auf Vorschlag von anyway e.V.

Herr Luziano Gonzalez Tejon

Einzelbewerber

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

Mündlicher Bericht zum Umgang mit der Ukrainekrise

1 Gleichstellungsrelevante Themen

2 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

2.1 Rettungsdienst in Not
0308/2023

2.2 Schriftliche Nachfrage der AfD-Fraktion zu Statistiken der Feuerwehr Köln
0798/2023

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4.1 Automatisierte Externe Defibrillatoren in Köln
AN/0103/2023

4.1.1 TOP 4.1: Automatisierte Externe Defibrillatoren in Köln
AN/0424/2023

4.2 Aufklärung über Bevölkerungswarnungen
AN/0283/2023

5 Beschlussvorlagen

5.1 Änderung der personellen Zusammensetzung der Kommunalen Gesundheitskonferenz Köln
0564/2023

5.2 Kliniken der Stadt Köln gGmbH: Zukunftsmodell
0551/2023

5.3 Dienstleistungsvertrag mit dem Universitätsklinikum Bonn über das Projekt mre-netz regio rhein-ahr.
2079/2022

6 Mitteilungen

- 6.1 Zwischenbilanzierung der Gesamtstrategie „Kölner Kinder stärken!“ zur Prävention von Kinder-, Jugend- und Familienarmut und Ausblick auf die strategische Weiterentwicklung in 2023
0083/2023
- 6.2 Umbenennung der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender in Stadtarbeitsgemeinschaft Queerpolitik
0186/2023
- 6.3 Aktionstag „gesund & mobil im Alter“ in Kooperation mit dem 13. Kölner Vorsorge-Tag am 29.03.2023
0422/2023
- 6.4 Förderprogramm "Im Veedel gegen Corona"
0572/2023
- 6.5 Mietvertrag und Umbau Drogenkonsumraum Kalk
0619/2023
- 6.6 Abschlussbericht und Handlungsempfehlungen zur wissenschaftlichen Begleitung der Umsetzung des Drogenhilfekonzeptes 2022
0589/2023
- 6.7 Sachstand Rettungsdienstbedarfsplanung
0738/2023
- 6.8 Erweiterung der Feuer- und Rettungswache 9 in Köln Mülheim
hier: Mitteilung über eine Kostenerhöhung gem. § 25 Abs. 1 Nr. 2 KomHVO NRW i.V.m. § 12 der Haushaltssatzung der Stadt Köln für die Haushaltsjahre 2023 und 2024
4232/2022

7 Mündliche Anfragen

I. Öffentlicher Teil

Der Beigeordnete für Soziales, Gesundheit und Wohnen, Herr Dr. Rau stellt Frau Nowka, die seit wenigen Tagen neue Verwaltungsleiterin des Gesundheitsamts ist, vor.

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna lässt über die Tagesordnung abstimmen und stellt fest, dass sie einstimmig genehmigt ist.

Mündlicher Bericht zum Umgang mit der Ukraine Krise

Der Beigeordnete für Soziales, Gesundheit und Wohnen, Herr Dr. Rau schlägt vor, zu diesem TOP keinen regelhaften Bericht mehr zu machen, da es zur Zeit nichts „dramatisch Berichtenswertes“ zu diesem Thema gebe. Zusammengefasst sei die Versorgung gut.

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna beschließt diesen TOP von der regelmäßigen Tagesordnung runterzunehmen.

Zur Kenntnis genommen.

1 Gleichstellungsrelevante Themen

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna stellt fest, dass zu diesem TOP nichts vorliegt.

2 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

2.1 Rettungsdienst in Not 0308/2023

SE Herr Gaida sagt, die Zahl von Bagatelleinsätze mit rund 12 % erscheine ihm geschönt. Wenn man mit Mitarbeitern des Rettungsdienstes sprechen würde, dann seien alles von 1 – 3 Bagatelleinsätze, d. h. die Hilfesuchenden wären überwiegend auch vertragsärztlich versorgbar gewesen, und dann sei man bei einer Zahl von 60 %, was realistischer wäre.

Der Abteilungsleiter Rettungsdienst der Berufsfeuerwehr Köln, Herr Prof. Dr. Dr. Lechleuthner wirft ein, dass er den Begriff Bagatelleinsätze nicht mag.

Zur Kenntnis genommen.

2.2 Schriftliche Nachfrage der AfD-Fraktion zu Statistiken der Feuerwehr Köln 0798/2023

Zur Kenntnis genommen.

- 3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

- 4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

- 4.1 Automatisierte Externe Defibrillatoren in Köln
AN/0103/2023**

- 4.1.1 TOP 4.1: Automatisierte Externe Defibrillatoren in Köln
AN/0424/2023**

SB Frau Houben berichtet, dass es in Gebäuden mit begrenzten Öffnungszeiten schon eine ganze Menge AEDs gibt. Der Notfall würde nicht nach den „Bürozeiten/Schließungszeiten“ fragen. Daher könnte eine Ergänzung von AEDs an Orten mit hoher Publikumsfrequenz in den Abend- und Nachtstunden sinnvoll sein.

Der Abteilungsleiter Rettungsdienst der Berufsfeuerwehr Köln, Herr Prof. Dr. Dr. Lechleuthner informiert, wenn die Defis in irgendeiner Form vernetzbar gemacht würden, dann würde ein gutes Ergebnis erzielt.

RM Frau Böll erläutert den Änderungsantrag.

RM Frau Gärtner fasst zusammen, die Grundidee sei ok, aber über das weitere Vorgehen habe man etwas unterschiedliche Vorstellungen.

SE Herr Nowak sagt, man fände es gut, wenn in dem Bereich das Thema Bildung und Aufklärung mit beleuchtet werden könnte und unterstütze den Änderungsantrag.

SB Frau Houben regt an, man könnte vielleicht die Verwaltung von dem Punkt 4 entlasten, damit man mit den anderen Dingen vorankomme.

RM Frau Röhrig plädiert dafür, dass der Punkt 4 bestehen bleibt.

Beschluss

Die antragstellenden Fraktionen bitten die Verwaltung:

Zu den nachfolgenden Punkten wurde abschnittsweise abgestimmt:

1. zu prüfen, an welchen Orten mit einer hohen Publikumsfrequenz in den Abendstunden und an den Wochenenden ein AED sinnvoll platziert werden könnte.

Einstimmig zugestimmt

2. eine Einschätzung darüber abzugeben, ob eine Platzierung öffentlich zugänglicher AEDs an Orten mit einer hohen Publikumsfrequenz in den Abendstunden und an den Wochenenden sinnvoll erscheint (auch unter Berücksichtigung einer stärkeren Bewerbung eines solchen Vorhabens, s. Modell in Wien).

Einstimmig zugestimmt

3. eine Kostenschätzung der Umsetzung des Vorhabens in Punkt 1 inkl. begleitender

Werbemaßnahmen abzugeben.

Einstimmig zugestimmt

4. aufzuzeigen, welche Organisationen im Kölner Raum Fortbildungen/Kurse zum Thema "Wiederbelebungsmaßnahmen" anbieten.

Zugestimmt mit einer Gegenstimme

Gesamt ANGENOMMEN:

Der Gesamtantrag wurde einstimmig angenommen bei einer Gegenstimme zum 4. Unterpunkt.

**4.2 Aufklärung über Bevölkerungswarnungen
AN/0283/2023**

SE Herr Breuer stellt heraus, ergänzend sollte das „Kenntnisniveau“ etwas erhöht werden.

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, inwieweit eine Vermittlung von Informationen über die richtigen Verhaltensweisen bei Ertönen des sog. „Sirenenalarms“ über Einrichtungen, wie die Kölner Schulen, Jugendeinrichtungen, Bezirksrathäuser oder Seniorennetzwerke und ggf. weitere möglich ist. Dabei soll das Ziel der Maßnahme auch die breite Vermittlung der Informationen im jeweiligen Familien- und Bekanntenkreis sein.

2. Sofern eine derartige Informationsvermittlung (auch mit Blick auf die Durchführung und Bedeutung der quartalsweisen Probealarmierungen) möglich ist, setzt die Verwaltung eine derartige Informationsvermittlung um.

3. Die Verwaltung berichtet dem Gesundheitsausschuss über Art und Weise der Umsetzung.

Abstimmungsergebnis:

Ungeändert beschlossen.

5 Beschlussvorlagen

**5.1 Änderung der personellen Zusammensetzung der Kommunalen Gesundheitskonferenz Köln
0564/2023**

Beschluss:

Der Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Köln wie folgt zu beschließen:

- a) die Psychotherapeutenkammer NRW und
- b) eine Vertretung queerer Menschen

als Institutionen in die Kommunale Gesundheitskonferenz Köln aufzunehmen sowie

- c) Wolfgang Hüsken für das Amt für Soziales, Arbeit und Senioren
(bisher Achim Woltmann)
- d) Evelyn Krieg für die Psychotherapeutenkammer NRW
(erstmalig – Institution war bisher nicht vertreten)
- e) Christine Kupferer für den STADTSPORTBUND e. V.
(bisher Prof. Dr. Jürgen Innenmoser)
- f) Dagmar Niederlein für das Amt für Kinder, Jugend und Familie
(bisher Renate Schäfer-Sikora)
- g) Oliver Schubert für die Vertretung queerer Menschen
(erstmalig – Institution war bisher nicht vertreten)
zu **Mitgliedern** der Kommunalen Gesundheitskonferenz Köln zu berufen
und
- h) Kathrin Balke für die Vertretung queerer Menschen
(erstmalig – Institution war bisher nicht vertreten)
- i) Dr. Sibylle Scharkus für das Gesundheitsamt
(bisher Prof. Dr. Gerhard Wiesmüller)
zu **stellvertretenden Mitgliedern** der Kommunalen Gesundheitskonferenz Köln zu berufen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5.2 Kliniken der Stadt Köln gGmbH: Zukunftsmodell 0551/2023

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna skizziert, man wollte einen Überblick geben und danach ausdrücklich Fragen und die Diskussion erbitten.

Der Geschäftsführer der Kliniken der Stadt Köln gGmbH Herr Prof. Goßmann erläutert die **Präsentation KSK Goßmann (siehe anbei)**.

Die Sprecherin der Geschäftsführung der Kliniken der Stadt Köln gGmbH, Frau Langer erläutert die **Präsentation Kliniken Stadt Köln (siehe anbei)**.

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna ergänzt, der Betriebsrat der Kliniken habe in der letzten Woche getagt und sich bei einer Gegenstimme für das Modell ausgesprochen. Die Message sei eindeutig gewesen: „endlich geht es hier mal los und man mache was dran.“

Der Abteilungsleiter Rettungsdienst der Berufsfeuerwehr Köln, Herr Prof. Dr. Dr. Lechleuthner hat noch eine Frage. Aus Sicht des Rettungsdienstes beobachte man, dass plötzlich irgendwas geschlossen würde, aber etwas Neues noch nicht da sei. Aus diesem Grund wollte er nochmal fragen, ob das beachtet würde.

Die Sprecherin der Geschäftsführung der Kliniken der Stadt Köln gGmbH, Frau Langer antwortet, man habe das im Blick, weil man natürlich keine Betten verlieren wolle.

RM Frau Recktenwald hat die folgenden Fragen:

- ob man im Hinblick auf mögliche Genehmigungsverfahren darstellen könnte, warum man meint, den ambitionierten Zeitplan schaffen zu können?
- besorgte Bürger würden fragen, was es für die Erreichbarkeit fußläufig oder mit dem Pkw bedeuten würde, wenn ein Standort in Holweide und damit auch die Notaufnahme wegfällt?
- ob man schon darüber nachgedacht habe, was auf dem entsprechenden Gelände in Holweide perspektivisch danach entstehen könnte?

Die Sprecherin der Geschäftsführung der Kliniken der Stadt Köln gGmbH, Frau Langer antwortet, es sei ein möglicher Rahmen, das in diesen 10 Jahren zu schaffen.

Die Erreichbarkeit könnte z. B. nach AOK-Navigator berechnet werden. Wenn Holweide wegfiel, wäre es bis Merheim eine Minute. Man könnte nicht für den öffentlichen Nahverkehr sprechen.

Die Frage der Flächennachnutzung müsste gemeinsam mit der Stadt erarbeitet werden. Es wäre ein tolles Modell im Rahmen einer Campuslösung bezahlbaren Wohnraum für Pflegepersonal zu schaffen.

Der Geschäftsführer der Kliniken der Stadt Köln gGmbH Herr Prof. Goßmann bekräftigt, es sei sehr sinnvoll, dass dort Verbindungen geschaffen würden.

SE Frau Venturini möchte wissen, ob gerade am Standort Riehl geplant sei, die Versorgungsdichte im Bereich der Pädiatrie, die keine Notfälle darstellen, zu verbessern?

Der Geschäftsführer der Kliniken der Stadt Köln gGmbH Herr Prof. Goßmann sagt, man sei noch weit weg davon zu sagen wie genau ein Nachnutzungsprojekt aussehen würde. Man könnte sich vorstellen, dass eine Kombination aus Wohnraum für städtische Angestellte und eine medizinische Versorgungsstruktur, z. B. Ärztehäuser, dort etabliert werden könnten.

SE Frau Sänger bedankt sich für den Vortrag. Sie möchte wissen, ob es bereits Prognosen oder Planungen gibt wie sich die Neuordnung dieser Krankenhäuser auf die anderen über 20 Krankenhäuser in der Stadt auswirken könnte? Könnte es sein, dass durch die Zentralisierung dort Kapazitäten abgezogen werden, weil auch die Kompetenzen mehr zentralisiert würden?

Der Geschäftsführer der Kliniken der Stadt Köln gGmbH Herr Prof. Goßmann sagt, die Klinik, die bestimmte Mindestmengen vorhalte, würde nur noch an der Versorgung beteiligt werden. Zentralisierung auf große Standorte sei politischer Wille. Die kleineren Stand-alone Krankenhäuser würden große Probleme bekommen weil die Vorhaltemedizin zentralisiert werden soll.

RM Frau Seiger möchte wissen, was man gemeinsam tun könnte, um dieses Delta von 5 Jahren zu verkleinern?

Die Sprecherin der Geschäftsführung der Kliniken der Stadt Köln gGmbH, Frau Langer würde sich freuen, wenn der Prozess von der Politik unterstützt würde. Der Gesamtumzug ab 2028 sei in dem Modell hinterlegt. Je später man anfangen würde, um so weiter würde sich das Modell nach hinten verschieben.

SE Herr Nowak bedankt sich für den Vortrag. Er erläutert, mit der aktuellen Informationsslage finde man es schwierig eine informierte Entscheidung zu treffen und er sei sich sehr sicher, dass auch mehr Informationen vorliegen würden aufgrund derer man entschieden hätte so vorzugehen. Die Fragen würden schriftlich nachgereicht.

Die Sprecherin der Geschäftsführung der Kliniken der Stadt Köln gGmbH, Frau Langer sagt, man gehe davon aus, dass der Gesetzgeber weitere Strukturmittel zur Verfügung stellen würde und dann würde es die Aufgabenstellung sein, genau diese Töpfe in die Betrachtungen einzubeziehen.

Der Geschäftsführer der Kliniken der Stadt Köln gGmbH Herr Prof. Goßmann sagt, es sei „hochwahrscheinlich“, dass ein Fördertopf aufgesetzt würde.

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna bestätigt, dass Strukturmittel zur Verfügung gestellt werden würden. Er habe aber keine harten Zahlen.

SE Herr Medenbach betont, er wisse aus sehr sicherer Quelle, dass der Strukturfonds wieder aufgelegt würde, seine Höhe sei unbekannt. Er möchte wissen, ob die Kliniken sozusagen abwarten würden, bis der Rat dem Campusmodell zustimmen würde und dann zum Ministerium gehen würden? Was sei mit dem Stiftungsmodell, was mit der Uni sozusagen auf dem Plan stehe?

Der Geschäftsführer der Kliniken der Stadt Köln gGmbH Herr Prof. Goßmann sagt, er habe keine Zeit zu warten. Er würde jetzt gefragt und man würde als 3 Standorte bewertet weil man Kooperationsverträge mit sich selber hätte abschließen müssen. Zum Uniklinikverbund zitiert er die OB aus der Betriebsversammlung: „diesen oder nächsten Monat wird eine Antwort aus dem Land erwartet.“ Es liegt seit längerem schon bei der Landespolitik.

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna ergänzt, wenn es in 2 bis 3 Monaten nicht entschieden sei, dann sei das auch eine Entscheidung.

Der Geschäftsführer der Kliniken der Stadt Köln gGmbH Herr Prof. Goßmann erklärt, wenn zwei Kliniken parallel anfragen, dann bekäme die Klinik den Zuschlag, die nicht kooperieren würde. Man habe einen strukturellen Nachteil, wenn man Kooperationsmodelle anbiete.

Der Förderverein des Ronald McDonald Hauses hätte angefragt, ob man Flächen zur Verfügung stellen könnte.

SB Frau Houben hat eine Nachfrage zur Zusammenführung organspezifischer Fachbereiche wie Nephrologie (Nierentransplantation) und Urologie. Die Nephrologen, die sie kennt, begleiten die nierenkranken Menschen vor und nach der Transplantation, aber transplantieren würden andere.

Der Geschäftsführer der Kliniken der Stadt Köln gGmbH Herr Prof. Goßmann antwortet, man habe eine sehr große Nierentransplantationsabteilung. Man könnte steigern, aber in den bestehenden Strukturen sei das sehr sehr schwierig.

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna fasst abschließend zusammen, man wolle eine komplett neue Kinderklinik „State of the Art“ schaffen, wo Eltern ihre Kinder begleiten könnten. Es sei maßgeblich, dass die beste Medizin für die Kinder angeboten würde und er sei sehr optimistisch, dass man das in einem Neubau „top“ hinbekommen würde. Er möchte, dass der gesamte Prozess so transparent wie möglich sei, denn man spreche über insgesamt 1 Milliarde Euro auf 10 Jahre, die diese Stadt für die Gesundheitsversorgung ausgeben würde, das seien rund 1.000 Euro pro Kopf Einwohner.

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Köln nimmt das von der Geschäftsführung der Kliniken der Stadt Köln gGmbH (Kliniken Köln) vorgelegte Zukunftsmodell zur Kenntnis und befürwortet die geplanten Investitionen in Höhe von 590 Mio. € zur Modernisierung und zum Ausbau des Standorts Merheim zu einem modernen Gesundheitscampus und

als alleinigem Standort der Kliniken Köln, um die Gesundheitsversorgung in Köln und der Region sowie das Unternehmen Kliniken Köln zukunftsfähig aufzustellen.

Die bisher an den Standorten Merheim, Holweide und Riehl angebotenen Leistungen der Kliniken der Stadt Köln gGmbH werden – mit Ausnahme der Kinder- und Jugendpsychiatrie (KJP) – mittel- bis langfristig am Standort Merheim zentralisiert.

2. Der Rat ermächtigt die Gesellschaftervertreterin der Stadt Köln in der Gesellschafterversammlung der Kliniken Köln, die Geschäftsführung mit der Umsetzung dieses Zukunftsmodells unter folgenden Maßgaben zu beauftragen:
 - a) Die Geschäftsführung wird aufgefordert, für die Umsetzung des Vorhabens in größtmöglichem Umfang Förder- und sonstige Drittmittel einzuwerben.
 - b) Die Geschäftsführung wird aufgefordert, in einem jährlichen Sanierungsbericht über den Fortschritt der Sanierung der Kliniken Köln anhand eines Soll/Ist-Vergleichs zu berichten. Der Sanierungsbericht soll dem Wirtschaftsplan für das darauffolgende Jahr beigefügt werden und etwaige Nachsteuerungsbedarfe beinhalten. Der Sanierungsbericht ist dem Finanzausschuss zur Kenntnisnahme vorzulegen.
 - c) Die Geschäftsführung wird gebeten, Räumlichkeiten für eine ergänzende kinderärztliche Versorgung im Linksrheinischen zu prüfen und in Abstimmung mit der Verwaltung ein Konzept zu erstellen, das die rechtlichen und wirtschaftlichen Voraussetzungen für die Schaffung von Personalwohnungen im Rechtsrheinischen umfasst.
3. Ferner beauftragt der Rat die Verwaltung, die notwendigen haushaltstechnischen Maßnahmen zur Umsetzung des Zukunftsmodells der Kliniken Köln im Doppelhaushalt 2023/2024 und in der Planung für die Haushaltsjahre 2025ff. in die Wege zu leiten.

Abstimmungsergebnis:

Ohne Votum verwiesen mit erneuter Wiedervorlage.

Durch die Präsentation der Geschäftsführung der Kliniken Köln, Herrn Prof. Gosmann und Frau Langer, im Gesundheitsausschuss heute erhält der Gesundheitsausschuss als erster Ausschuss Ersthandinformationen. In diesem Rahmen können Fragen direkt von der Geschäftsführung beantwortet werden.

Es besteht heute kein Abstimmungsbedarf, da dieser Top nach der Beratungsfolge noch ein zweites Mal in den Gesundheits- sowie in den Finanzausschuss kommen wird.

In der nächsten Sitzung des Gesundheitsausschusses am 25.04.2023 wird dann abgestimmt.

5.3 Dienstleistungsvertrag mit dem Universitätsklinikum Bonn über das Projekt mre-netz regio rhein-ahr. 2079/2022

SE Herr Robyns hat eine Frage zur Finanzierung. Es würde geschrieben, dass die Mehraufwendungen aufgrund des nicht realisierten Drogenkonsumraums in Kalk genutzt würden, was ein Widerspruch zu TOP 6.5 sei. Die Frage sei, ob dieser Mehraufwand wirklich aus diesen Mitteln genommen werden könnte?

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna fragt, ob die eine Vorlage die andere überholt hätte?

Der Leiter des Gesundheitsamtes Herr Dr. Nießen erklärt, die Vorlage sei schon länger erstellt und enthalte eine veraltete Begründung, die in der Korrektur noch rausgenommen werden müsste. Konkret sei es so, dass man das Geld für den Drogenkonsumraum Kalk ausgeben würde, was die nächste Vorlage sei. Man nehme es aus dem Suchthilfekonzert, wo man nicht alles Vorgesehene auf einmal schaffe.

Beschluss, ergänzt durch einen Beschluss zur Begründung (siehe Anmerkungen):

1. Der Rat beschließt die Erweiterung zu der in der Sitzung des Rates am 12.11.2015 unter der Session-Nr. 2258/2015 beschlossenen dauerhaften Fortführung der Koordinationsstelle für ein MRE-Netzwerk (Netzwerk zur Prävention und Bekämpfung multi-resistenter Erreger sowie Verbesserung der Schnittstellen zwischen den Einrichtungen der Gesundheitsversorgung für die Stadt Köln).

2. Hinsichtlich der Finanzierung der zusätzlich anfallenden Sachaufwendungen in den Jahren 2023 und 2024 in Höhe von jeweils 30.898 € im Teilergebnisplan des Gesundheitsamtes in der Produktgruppe 0701, Gesundheitsdienste, ermächtigt der Rat die Verwaltung, im Haushaltsplan 2023/2024 veranschlagte Mittel aus Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen in Teilplanzeile 13 – Sach- und Dienstaufwendungen umzuschichten.

3. Das Dezernat V, Soziales, Gesundheit und Wohnen wird im Rahmen des Haushaltsplanaufstellungsprozesses 2025 ff. innerhalb des dann zugewiesenen Budgets die erforderlichen Mittel, ggf. durch Umschichtungen, vorsehen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

Anmerkung:

Der Gesundheitsausschuss beschließt dazu folgende Begründung: Aufgrund dessen, dass die Priorität auf der Inbetriebnahme der Drogenkonsumräume liegt, wurde das Beratungsangebot in Meschenich noch nicht ausgeweitet.

6 Mitteilungen

**6.1 Zwischenbilanzierung der Gesamtstrategie „Kölner Kinder stärken!“ zur Prävention von Kinder-, Jugend- und Familienarmut und Ausblick auf die strategische Weiterentwicklung in 2023
0083/2023**

Zur Kenntnis genommen.

**6.2 Umbenennung der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender in Stadtarbeitsgemeinschaft Queerpolitik
0186/2023**

Zur Kenntnis genommen.

**6.3 Aktionstag „gesund & mobil im Alter“ in Kooperation mit dem 13. Kölner
Vorsorge-Tag am 29.03.2023
0422/2023**

Zur Kenntnis genommen.

**6.4 Förderprogramm "Im Veedel gegen Corona"
0572/2023**

Zur Kenntnis genommen.

**6.5 Mietvertrag und Umbau Drogenkonsumraum Kalk
0619/2023**

SE Herr Robyns fragt, es würde eine Teilinbetriebnahme von 6 Stunden täglich oder werktags angesprochen. Wann wäre mit einem bedarfsgerechten Vollbetrieb zu rechnen? Man würde Öffentlichkeitsveranstaltungen sinnvoll finden und möchte wissen, für wann diese geplant seien?

Der Leiter des Gesundheitsamtes Herr Dr. Nießen antwortet, dass Öffentlichkeitsveranstaltungen am Neumarkt „wohl erprobt seien“. Man habe in den ersten Gesprächen mit den Anwohnern im rechtsrheinischen Kalk feststellen müssen, dass das Interesse anders sei als linksrheinisch. Wenn man merken würde, dass der Bedarf da sei, dann würde man Öffentlichkeitsveranstaltungen machen.

Man habe erstmal eine Öffnungszeit von 6 Stunden vorgesehen. Man habe sich an dem Drogenkonsumraum linksrheinisch am Cäcilienhof, wo man 12 Stunden habe, orientiert. Man wolle das an die freie Trägerschaft übergeben und sei noch in Verhandlungen. Wenn man merken würde, dass 6 Stunden nicht ausreichen würden, dann müsste man auf die Politik zukommen.

RM Frau Seiger findet es sehr erfreulich, dass jetzt die Hardware für den Drogenkonsumraum auf der rechtsrheinischen Seite doch deutlich gesichert erscheint und dass es einen Vermieter gibt, der sich darauf einlässt und sich für die Umbaumaßnahmen stark machen würde. Bei dem Umbau könnte man von den Erfahrungen aus dem Gesundheitsamt profitieren.

RM Frau Gärtner sagt, man freue sich, dass es vorangehe. Gleichwohl ginge es nicht schnell genug. Aus dem Bereich des Neumarkts gäbe es Kritik, dass man rechtsrheinisch nicht genügend Angebote habe und man deshalb zum Neumarkt wandern würde. Diese Ansicht teile man nicht. Eine zügige Umsetzung sei sehr wichtig.

RM Frau Röhrig möchte nochmal bekräftigen man finde es toll, dass es auf der rechtsrheinischen Seite jetzt endlich in die Wege geleitet würde.

Zur Kenntnis genommen.

**6.6 Abschlussbericht und Handlungsempfehlungen zur wissenschaftlichen
Begleitung der Umsetzung des Drogenhilfekonzeptes 2022
0589/2023**

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna weist darauf hin, dass jemand von FOGS anwesend sei.

Der Beigeordnete für Soziales, Gesundheit und Wohnen, Herr Dr. Rau erläutert, der Bericht sei relativ „frisch vorgelegt“. Ein Bericht, der eine dreijährige Genese habe, solle nicht in ganz kurzer Zeit einfach zu Kenntnis genommen und dann ad acta gelegt werden. Er empfehle, dass man sich den Bericht zu verschiedenen Anlässen vornehme. Man könne auch gerne nochmal ein Fachgespräch oder ähnliches anbieten

Der Beigeordnete weist darauf hin, dass der Bericht relativ differenziert und auch kritisch sei. Er weise auch Stärken auf, auf Seite 20 stehe z. B., „dass man vergleichsweise zu anderen Großstädten weitgehend über ein qualitativ gutes Hilfesystem verfüge.“ Auf der anderen Seite werde dargestellt, was weniger gut laufe, u. a. die Steuerung, die Datenerhebung, was dann auch die Wirksamkeitsnachweise schwierig machen würde. Das folgende Zitat auf Seite 44 unterstreiche, dass noch mehr getan werden müsse: „Gegenwärtig reichen die personellen Kapazitäten im Bereich Suchtkoordination und -planung definitiv nicht dazu aus, um die bisherigen sowie die genannten Aufgaben durchzuführen.“ Man brauche dafür mehr Kapazitäten und deshalb sei seine Empfehlung, in verschiedenen Settings sich nochmal Gedanken zu machen, was man daraus lerne und wo Nacharbeit erforderlich sei. Ein großer Teil der Nacharbeit sei auch immer sofort budget- und haushaltswirksam.

Die Empfehlung, dass man sich damit längerfristig beschäftigen sollte, würde er gerne heute noch mitgeben.

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Unna hält fest, der TOP würde zu gegebenen Anlass wieder auf der Tagesordnung aufgerufen.

RM Frau Gärtner merkt an, der Bericht sei sehr umfangreich und man habe ihn aufgrund der Kürze der Zeit nur überfliegen können. Sie findet es „unverantwortlich“, wenn man ihn jetzt einfach in die Schublade legen würde. Es seien vor allen Dingen die Handlungsempfehlungen wichtig. Ihre Fraktion werde sich nochmal intensiver damit auseinandersetzen.

RM Frau Röhrig bemerkt, man sei sehr dankbar für das Angebot. Man habe das in der Kürze der Zeit schon einmal durchgearbeitet und habe festgestellt, dass der ganze Bericht doch etwas ernüchternd sei. Man würde das Angebot zu einem Fachgespräch gerne annehmen.

RM Frau Böll fügt hinzu, vor einigen Wochen hätte es bereits ein sehr interessantes Fachgespräch gegeben. Sie regt an, ein Jahr nach dem letzten Fachgespräch die besprochenen Punkte nochmal aufzugreifen.

Wiedervorlage auf die Tagesordnung zu gegebenem Anlass.

Im Spätherbst 2023 soll ein Fachgespräch mit den Autor*innen des Gutachtens und den Gesundheitspolitischen Sprechern der Fraktionen stattfinden.

6.7 Sachstand Rettungsdienstbedarfsplanung 0738/2023

SE Herr Gaida fragt, ob mit neuen Dingen/Konzepten zu rechnen sei, um die steigenden Einsatzzahlen zu bewältigen. Das geschrumpfte Versorgungssystem hätte nichts an den steigenden Einsatzzahlen geändert. Da bedarf es anderer Ansätze.

Der Abteilungsleiter Rettungsdienst der Berufsfeuerwehr Köln, Herr Prof. Dr. Dr. Lechleuthner antwortet, es müssten neue Konzepte in zwei Stufen entwickelt werden. Die erste sei die Entwicklung des Konzepts, das fachlich stimmig sei, aber finanztechnisch nicht noch in das Gerüst eines Rettungsdienstbedarfsplanes hineinpassen würde.

Wenn man das hätte, würde man versuchen das im Bedarfsplan unterzubringen und mit dem Ministerium, den Kassen usw. zu besprechen. Es stände jetzt auch die Novellierung des Rettungsgesetzes an. Das Ministerium habe hierzu um Vorschläge gebeten. Das Streetworker Modell würde nicht von den Kassen finanziert. Es würde helfen, den Rettungsdienst wahrscheinlich zu Lasten der Kommune oder des Landes zu entlasten. Es müsste alles erstmal fachlich aufbereitet werden und dann würde die Strukturbildung mit den entsprechenden Regelwerken und Finanzierungsmöglichkeiten folgen.

Zur Kenntnis genommen.

**6.8 Erweiterung der Feuer- und Rettungswache 9 in Köln Mülheim
hier: Mitteilung über eine Kostenerhöhung gem. § 25 Abs. 1 Nr. 2
KomHVO NRW i.V.m. § 12 der Haushaltssatzung der Stadt Köln für die
Haushaltsjahre 2023 und 2024
4232/2022**

SB Frau Houben hat eine Anmerkung: „es hätte sie verblüfft“, dass Kosten für die Verkehrsregelung noch nicht in die Ursprungsplanung mit eingerechnet seien.

Der Leiter der Berufsfeuerwehr Herr Dr. Miller erklärt, dass sich momentan alle Bauprojekte relativ dynamisch entwickeln. Die Einzelgewerkvergabestrategie würde in der Situation überhaupt nicht zum Ziel führen und man wäre dann auf eine GU (Generalunternehmer)-Vergabe gewechselt. Dabei seien Planungsdefizite offenkundig geworden, die nachgebessert werden müssten, u.a. auch die Verkehrssituation, aber auch die Abwasser- oder Entwässerungssituation. Generell lässt sich sagen, seit dem Schwenk auf GU würde das Projekt nahezu im Zeitplan laufen, nicht aber im Kostenplan.

Zur Kenntnis genommen.

7 Mündliche Anfragen

Frau Seiger hat eine mündliche Anfrage zum „Genehmigungsverfahren für die Rettungshubschrauberstation am Flughafen“ gestellt, die noch schriftlich eingereicht wird.

Sie beziehe sich dabei auf einen Ratsbeschluss aus September 2020. Damals sei beschlossen worden, dass die Rettungshubschrauberstation endgültig nicht in Betrieb genommen werden sollte. Sie bittet um Beantwortung der Fragen bis zur nächsten Sitzung.

Gez.

Dr. Ralf Unna, Vorsitzender
rerin

Gez.

Sabine Niemeyer, Schriftführerin